Professur für Öffentliches Wirtschaftsrecht, Technik- und Umweltrecht
Prof. Dr. iur. Rainer J. Schröder

Prof. Dr. iur. Rainer J. Schröder
Kohlbettstraße 15
57072 Siegen

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an
WissMa Clarissa Zentgraf, LL.M.
zentgraf@recht.uni-siegen.de

DEWR Bachelor- und Masterseminar Wintersemester 2022/2023
„Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ist der oberste Gerichtshof auf Bundesebene. Ihm obliegt die Kontrolle des verfassungsmäßig bestimmten politischen Lebens, das es am Maßstab des Grundgesetzes interpretiert. Als „Hüter der Verfassung“ kommt ihm eine grundlegende Ordnungsbefugnis über die Verfassung im gesellschaftlichen Wandel zuteil. Als höchstes Gremium der Rechtsprechung ist es zudem befugt Gerichtsentscheidungen anderer Gerichte aufzuheben. Obwohl es mit seinen Entscheidungen die anderen Gerichte kontrolliert, gehört es nicht zum Instanzenzug. Es überprüft, ob die getroffenen Entscheidungen mit dem Grundgesetz im Einklang stehen. Das Seminar befasst sich mit ausgewählter aktueller Rechtsprechung des BVerfG. Dabei liegt der Fokus auf Entscheidungen die wesentlich zu einem gesellschaftlichen und/oder wirtschaftlichen Wandel beitragen.

Das Seminar wird als **Blockveranstaltung** abgehalten. Die Termine hierfür werden noch bekanntgegeben. Die Seminararbeiten werden in zweifacher gedruckter Ausführung sowie einer elektronischen PDF-Version an zentgraf@recht.uni-siegen.de abzugeben sein.

Auf die besondere Beachtung der **Formalvorgaben** wird noch einmal hingewiesen. Diese finden Sie auf der Homepage des Lehrstuhls von Prof. Schröder. Auf ihnen und der Einhaltung der Abgabefristen liegt ebenso ein besonderes Augenmerk wie auf einer selbstständigen, ordentlichen und umfänglichen **Literaturrecherche**. Hierfür wird von den Teilnehmenden erwartet, dass sie sich intensiv mit der einschlägigen Literatur befassen und zu diesem Zwecke ggfs. auch Recherchen an anderen Universitäten durchführen.

Hinweis: Die Frist für einen **Rücktritt von der Prüfung ohne Angabe von Gründen** gem. 13 I 3 PO LL.B.-DEWR 2012 (§ 9 V 2 FPO LL.B.-DEWR 2019) und § 12 I 3 PO LL.M.-DEWR 2013 (§ 8 V FPO LL.M.-DEWR 2019) entspricht dabei der **Anmeldefrist des Prüfungsamtes.**

Die Vorbesprechung findet für alle am Dienstag, den 18.10.2022 von 14:00-16:00 (c.t.) Uhr statt. Der Raum wird noch bekanntgegeben.

Mögliche Seminarthemen

Die Themenvergabe erfolgt während der Vorbesprechung. Bitte machen Sie sich vor der Vorbesprechung mit den einzelnen Urteilen vertraut. Eine sinnvolle Themenwahl und -vergabe ist sonst nicht möglich. **Die Teilnahme an der Vorbesprechung ist Vorbedingung für die Teilnahme am Seminar.** Dies gilt in gleicher Weise für die Teilnahme an den Präsentationsterminen.

1. **Urteil vom 15.07.2022 – Rs. 2 BvE 4/20, 2 BvE 5/20**

   Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen 2020 verletzten das Recht auf Chancengleichheit der Parteien

2. **Urteil vom 26.04.2022 – Rs. 1 BvR 1619/17**

   Bayerisches Verfassungsschutzgesetz teilweise verfassungswidrig

3. **Urteil vom 26.02.2020 – Rs. 2 BvR 2347/15, 2 BvR 651/16 u.a.**

   Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung ist verfassungswidrig

4. **Beschluss vom 24.03.2021 – Rs. 1 BvR 2656/18 u.a.**

   Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich

5. **Urteil vom 05.05.2020 – Rs. 2 BvR 859/15 u.a.**

   Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm kompetenzwidrig

6. **Beschluss vom 24.05.2022 – 1 BvR 2342/17**

   Erfolglose Verfassungsbeschwerde wegen unterlassenem Vorabentscheidungsersuchen an den Gerichtshof der Europäischen Union

7. **Beschluss vom 25.05.2022 – 2 BvE 10/21**

   Erfolgloser Eilantrag zur vorläufigen Einsetzung von Vorsitzenden in mehreren Bundestagsausschüssen

8. **Beschluss vom 23.03.2022 – 1 BvR 1187/17**

   Pflicht zur Beteiligung von Anwohnern und standortnahen Gemeinden an Windparks im Grundsatz zulässig

9. **Beschluss vom 22.03.2022 – 2 BvR 9/20**

   Organstreitverfahren der AfD-Bundestagsfraktion zur Wahl eines Vizepräsidenten/einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags erfolglos

10. **Beschluss vom 19.12.2021 – 1 BvR 1973/20**

    Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen fachgerichtliche Versagung der Auskunft über Bestandsdaten gegenüber einer Social Media Plattform

11. **Beschluss vom 16.11.2021 – 1 BvR 1541/20**

    Gesetzgeber muss Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingten Triage treffen